Tischvorlage zu TOP 6.1 ö.T. Rat

Öffentlicher Teil

Auszug aus der Niederschrift

der 34. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 26.08.2020

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand	Dienststelle
4.	20/0318	Änderung des Stellenplanes	FB 0

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin, den Stellenplan wie folgt zu ändern:

1. EINRICHTUNG VON STELLEN

3.01. Fachbereich Ordnung

3.01.10 Fachdienst Sicherheit und Ordnung

Arbeitsplatz-nummer	Bezeichnung	Stellenplanausweisung	Produkt	
3.01.10/21	Mitarbeiter/in	EG 5 TVöD (20 Stunden)	02-02-03	100%
3.01.10/22	Mitarbeiter/in	EG 5 TVöD (20 Stunden)	02-02-03	100%

3.03. Fachbereich Kultur und Sport

3.03.30 Stadtarchiv

Arbeitsplatz-nummer	Bezeichnung	Stellenplanausweisung	Produkt	
3.03.30/3	Sachbearbeiter/in	A 11 LBesG (41 Stunden)	04-06-01	100%
3.03.30/4	Sachbearbeiter/in	EG 8 TVöD (39 Stunden)	04-06-01	100%

4.06. Fachbereich Stadtplanung und Bauordnung

4.06.10 Fachdienst Planung und Liegenschaften

Arbeitsplatz-nummer	Bezeichnung	Stellenplanausweisung	Produkt	
4.06.10/8	Sachbearbeiter/in	EG 11 TVöD (39 Stunden)	09-01-01	100%
4.06.10/18	Sachbearbeiter/in	EG 9c TVöD (19,5 Stunden)	09-01-01	100%

2. ANHEBUNG VON STELLEN

1.00. Fachbereich Zentrale Dienste

1.00.30 Fachdienst Organisation

Arbeitsplatz-nummer	Bezeichnung	derzeitige Stellenplanausweisung	künftige Stellenplanausweisung
1.00.30/3	Sachbearbeiter/in	A 11 LBesG (41 Stunden)	A 12 LBesG (41 Stunden)/ EG 11 TVöD (39 Stunden)

4.09. Fachbereich Gebäudemanagement

4.09.20 Fachdienst Immobilienverwaltung

Arbeitsplatz-nummer	Bezeichnung	derzeitige Stellenplanausweisung	künftige Stellenplanausweisung
4.09.20/1	Fachdienstleiter/in	EG 11 TVöD (39 Stunden)	EG 12 TVöD (39 Stunden) A 12 LBesG (41 Stunden)

4.06. Fachbereich Stadtplanung und Bauordnung

4.06.30 Fachdienst Bauaufsicht

Arbeitsplatz-nummer	Bezeichnung	derzeitige Stellenplanausweisung	künftige Stellenplanausweisung
4.06.30/3	Sachbearbeiter/in	A 11 LBesG (41 Stunden)	A 12 LBesG (41 Stunden)/ EG 11 TVöD (39 Stunden)
4.06.30/4	Sachbearbeiter/in	A 10 LBesG (41 Stunden)	A 11 LBesG (41 Stunden)/ EG 9c TVöD (39 Stunden)
4.06.30/7	Sachbearbeiter/in	A 10 LBesG (41 Stunden)	A 11 LBesG (41 Stunden)/ EG 9c TVöD (39 Stunden)
4.06.30/12	Tech. Sachbearbeiter/in	EG 8 TVöD (39 Stunden)	EG 9 b TVöD (39 Stunden
4.06.30/14	Tech. Sachbearbeiter/in	EG 8 TVöD (39 Stunden)	EG 9 b TVöD (39 Stunden

3.01. Fachbereich Ordnung

3.01.20 Fachdienst Feuer- und Bevölkerungsschutz

Arbeitsplatz-nummer	Bezeichnung	derzeitige Stellenplanausweisung	künftige Stellenplanausweisung
3.01.20/19	hauptamtl. Gerätewart/in	EG 6 TVöD (39 Stunden)	EG 7 TVöD (39 Stunden)

3.01.10 Fachdienst Sicherheit und Ordnung

Arbeitsplatz-nummer	Bezeichnung	derzeitige Stellenplanausweisung	künftige Stellenplanausweisung
3.01.10/4	Mitarbeiter/in	EG 3 TVöD (20 Stunden)	EG 5 TVöD (20 Stunden)
3.01.10/5	Mitarbeiter/in	EG 3 TVöD (20 Stunden)	EG 5 TVöD (20 Stunden)
3.01.10/13	Mitarbeiter/in	EG 3 TVöD (20 Stunden)	EG 5 TVöD (20 Stunden)
3.01.10/16	Mitarbeiter/in	EG 3 TVöD (26,87 Stunden)	EG 5 TVöD (26,87 Stunden)
3.01.10/19	Mitarbeiter/in	EG 3 TVöD (19,5 Stunden)	EG 5 TVöD (19,5 Stunden

3.01.10/20	Mitarbeiter/in	EG 3 TVöD (19,5 Stunden)	EG 5 TVöD (19,5 Stunden)

EINRICHTUNG EINES K. W. VERMERKES

3.05. Fachbereich Kinder, Jugend und Schule

3.05.20 Fachdienst Verwaltung der Jugendhilfe und Jugendarbeit

Arbeitsplatz-nummer	Bezeichnung	derzeitige Stellenplan-ausweisung	künftige Stellenplan-ausweisung
.05.20/05	Sachbearbeiter/in	EG 10 TVöD (39 Stunden)	EG 10 TVöD (39 Stunden) k (künftig wegfallend)

Herr Metz kritisierte, dass aus der Sitzungsvorlage nicht hervorginge, welche Kosten diese Änderungen im städtischen Haushalt verursachen würden. Es sei nicht ersichtlich, ob insbesondere für die vorgeschlagenen neu zu schaffenden Stellen die Finanzierung überhaupt sichergestellt werden könne. Dem neuen Stadtrat ab dem 01.11.2020 werde so möglicherweise der finanzielle Spielraum weiter eingeengt.

Der Bürgermeister sagte, dass diese Stellen, also auch die neu einzurichtenden Stellen in den Fachämtern bei Aufgaben, die von den Fachämtern erledigt werden, notwendig seien. Bspw. das Stadtarchiv benötige bei den ihm übertragenen Aufgaben neue Mitarbeiter. Dies Stellen seien noch nicht finanziell hinterlegt. Der Stadtkämmerer könne zu diesem Zeitpunkt noch keine Aussagen über künftige Steuereinnahmen in den nächsten Jahren machen. Der neue Stadtrat müsse sich mit den neuen Haushaltsrahmendaten beschäftigen. Die neuen Stellen würden erst zu einem späteren Zeitpunkt ausgeschrieben. Der neue Stadtrat habe künftig die Möglichkeit, die neuen Stellen mit einer Finanzierung, möglicherweise durch einen Nachtragshaushalt, zu hinterlegen und so die Besetzung der Stellen zu ermöglichen.

Frau Jung zeigte sich erfreut über die vorgelegte Sitzungsvorlage und lobte in diesem Zusammenhang besonders die Arbeit des Stadtarchivs. Der Vorschlag der Verwaltung bilde eine gute Basis für den kommenden Stadtrat, die Verwaltung bei ihrer Personalpolitik zu unterstützen.

Herr Schell schloss sich Frau Jung an und bemerkte, dass mit dem Beschlussvorschlag der Verwaltung lediglich Beschlüsse der Politik umgesetzt würden. Dennoch stelle es ein Problem dar, neu geschaffene Stellen dann auch mit neuen Mitarbeitern zu besetzen. So würden personelle Engpässe entstehen, u. a. im Baubereich. Gerade im Bereich Ordnungsbehörde würden große Anstrengungen unternommen, um mit dem vorhandenen Personal die Aufgaben zu bewältigen. Daher würde die CDU-Fraktion dieser Vorlage zustimmen.

Herr Rupp ergänzte die Ausführungen des Bürgermeisters dahingehend, dass die Ratsmitglieder des zu diesem Zeitpunkt noch bestehenden alten Stadtrates sich die Frage stellen müssten, ob sie sich diese Stellen leisten wollen. Für die Zukunft müsse die Frage geklärt, wie diese möglichen Stellen dann genau finanziert werden können. Es würden keine Ausschreibungen von Stellen erfolgen, solange diese Stellen nicht mit

finanziellen Mitteln hinterlegt seien.

Herr Metz bekräftigte, dass er die Sinnhaftigkeit neuer Stellen keineswegs infrage stelle. Wenn man für ganz bestimmte neue zu schaffende Stellen aber zu diesem Zeitpunkt überhaupt keine Finanzierung sicherstellen könne, sei ein solches Vorgehen gar nicht sinnvoll. Es handele sich dann nur um eine Politik, die Signale aussende oder Ansagen mache, mehr aber auch nicht.

Herr Knülle bemerkte, dass das von der Verwaltung vorgeschlagene Vorgehen von der bisherigen Praxis abweiche. Wenn Stellen eingerichtet wurden, dann sei bisher auch immer die Finanzierung sichergestellt gewesen. Daher müsse diese Vorlage in die Beratungen des Nachtragshaushalts bzw. in die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses verwiesen werden, in dem der Nachtragshaushalt beraten würde, zumindest die Einrichtungen der neuen Stellen, dessen Finanzierung sichergestellt sein müsse. Auch die SPD-Fraktion stelle sich in keiner Weise grundsätzlich gegen die Schaffung neuer Stellen, sondern explizit dafür der Verwaltung die Erledigung ihrer Aufgaben so zu erleichtern.

Der Bürgermeister bekräftigte, dass die Verwaltung diese Sitzungsvorlage als das Ergebnis von politischen Beschlüssen erarbeitet habe. Es handele sich bei dem Beschlussvorschlag um Ausflüsse dessen, was der noch amtierende Stadtrat in den letzten Jahren der Stadtverwaltung an Aufgaben übertragen habe. Dem neuen Stadtrat stehe es ab dem 01.11.2020 offen, wiederum andere Akzente in den verschiedenen Bereichen zu setzen.

Herr Köhler sagte die Zustimmung seiner Fraktion zu diesem Beschlussvorschlag zu. Dem Bürgermeister sei in seinen Ausführungen zuzustimmen.

Herr Piela kritisierte, dass aus der Sitzungsvorlage nicht auf Anhieb ersichtlich sei, welche Gesamtkosten durch diese Änderungen verursacht würden. Die Größenordnung der Gesamtkosten solle ersichtlich sein.

Frau Jung sagte, dass die nun vorgeschlagenen Änderungen einen guten Ansatz für die Zukunft darstellten. Der neue Stadtrat könne sinnvollerweise darauf aufbauen oder möglicherweise wieder Änderungen oder Korrekturen vornehmen.

Frau Feld-Wielpütz schloss sich ihrer Vorrednerin an und bemerkte zudem, dass man in diesem Zusammenhang auch immer die wirtschaftliche Seite betrachten müsse, neben dem Aspekt, dass die Mitarbeiter in den Fachverwaltungen zur Erfüllung ihrer Aufgaben die Unterstützung der Verwaltung und der Politik haben müssen. Beide genannten Aspekte seien von Bedeutung.

Herr Knülle sagte, dass die Ratsmitglieder entgegen einer Empfehlung des Stadtkämmerers handeln würden, wenn sie dieser Vorlage zustimmten. Daher sei weiterhin die Vorgehensweise zu favorisieren, die Änderungen des Stellenplans mit in die Beratungen des Nachtragshaushaltes zu nehmen, zumindest die Einrichtungen von neuen Stellen.

Der Bürgermeister wiederholte, dass die Verwaltung diese Sitzungsvorlage als das Ergebnis von politischen Beschlüssen erarbeitet habe. Daher könne der zu diesem Zeitpunkt noch bestehende Stadtrat an dieser Stelle die Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung gar nicht verweigern. Dem neuen Stadtrat stehe es ab dem 01.11.2020 offen, diese Entscheidung ggfls. zu revidieren.

Herr Metz erwiderte, dass er mit dem Vorgehen des Bürgermeisters und der Verwaltung an dieser Stelle überhaupt nicht einverstanden sei. Wenn diese Stellen für die Erledigung der Aufgaben notwendig seien, dann müssten diese auch zügig ausgeschrieben werden. Daher überlege die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu diesem TOP per Änderungsantrag beschließen zu lassen, dass das Stellenbesetzungsverfahren unverzüglich in die Wege geleitet werden müsse. Andernfalls würde die Verantwortung für die Lösungswege zur Finanzierung der neuen Stellen in die Zukunft bzw. an den neuen Stadtrat abgeschoben. Hier würden mehrere hunderttausend Euro benötigt.

Herr Schell nahm Bezug auf die Äußerungen von Herrn Metz und erklärte zu den neu einzurichtenden Stellen im Fachbereich Ordnung, dass diese sich selbst finanzierten. Weiterhin stelle sich die Frage, ob die Stadt mit der Nicht-Schaffung von neuen Stellen ein Organisationsverschulden begehe. Zudem sei im Hinblick auf Refinanzierung auch zu sagen, dass es ein Ergebnis der Organisationsuntersuchung gerade im Technischen Dezernat gewesen sei, dass durch die Schaffung neuer Stellen bspw. Aufträge nicht extern vergeben werden müssten und so wiederum Kosten gespart werden könnten. Die Grünen hätten dieser Organisations-Untersuchung zugestimmt.

Frau Jung pflichtete Herrn Schell bei und sagte, dass der Beschluss des Vorschlags der Verwaltung ein folgerichtiger Abschluss dieser Legislaturperiode sei.

Herr Knülle gab Herrn Metz dahingehen recht, dass die Besetzung der neu einzurichtenden Stellen ebenfalls sofort beschlossen werden müssten, sodass eine Ausschreibung erfolgen könne. Daher solle an diesem Tage über die Anhebung der Stellen beschlossen werden, die Einrichtung neuer Stellen solle zu einem späteren Zeitpunkt nochmals behandelt werden, im HAFA im November.

Herr Schmitz-Porten zeigte sich verwundert darüber, dass Stellen eingerichtet werden sollen bei einer Aussage der Kämmerers, dafür keine Finanzierung dafür zu haben.

Herr Köhler fragte, ob der Stadtkämmerer in der Sitzung des Hauptausschusses im Herbst diesen Jahres validere Zahlen nennen könne als an diesem Tage.

Herr Rupp erläuterte, dass der Landeshaushalt des Landes Nordrhein-Westfalen nicht behandelt würde, bevor die Steuerschätzung im September 2020 rauskomme. Erst danach gäbe es für die Kommunen die Orientierungsdaten, die ganz maßgeblich seien. Durch das Land solle es mehr Geld geben, die Steuertöpfe sollten aufgefüllt werden. Erst wenn alle Erträge und Aufwendungen bekannt seien, könne der Versuch unternommen werden, den Haushalt auszugleichen. Aufgrund zahlreicher Unwägbarkeiten und Unbekannten könne daher zu diesem Zeitpunkt nicht verlässlich gesagt werden, wie künftig der Haushalt ausgeglichen werden solle und wie das Haushaltssicherungskonzept genehmigungsfähig gemacht werden solle. Daher solle heute das Signal gesetzt werden, Stellen zu schaffen. Wenn sich im Herbst des Jahres noch die Möglichkeit ergeben würde, die finanzielle Deckung für die Besetzung zu schaffen, dann müsse der neue Rat dafür überplanmäßige Mittel beschließen.

Herr Knülle meldete Beratungsbedarf an und beantragte, dass dieser TOP ohne Beschlussempfehlung in die Sitzung des Stadtrates am 02.09.2020 eingebracht würde.

Der Bürgermeister sagte zu, dass der TOP ohne Beschlussempfehlung in die nächste Ratssitzung verwiesen werde.

Für die Richtigkeit:

Luca von Borzyskowski
Protokollführer

Gesehen:

Klaus Schumacher
Bürgermeister